



Rossmanns Elbblick

MdB-Infoblatt

für die Kreise Pinneberg und Steinburg
Ausgabe 13, September 2014

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner

Ein Jahr nach der Bundestagswahl ist deutlich: Die SPD tut unserem Land gut.

Von Ernst Dieter Rossmann MdB

Nach vier quälenden Jahren Schwarz-Gelb ist endlich wieder richtig Bewegung in die Bundespolitik gekommen: Die SPD prägt den Kurs der Bundesregierung und sie macht richtig Tempo.

Zwar hat die Regierungsbildung mit langen Verhandlungen und dem Mitgliederentscheid Ende 2013 ihre Zeit gebraucht. Heute ist aber offensichtlich, dass es sich ge-



Zufriedene Gesichter bei der „Mindestlohn-Party“ des SPD-Kreisverbands in Uetersen: Der neue Wedeler DGB-Vorsitzende Wolfgang Kahle, Norbert Vahl, AfA-Kreisvorsitzender, SPD-Kreischef Thomas Hölck, Uetersens Bürgermeisterin Andrea Hansen und Ernst Dieter Rossmann.

lohnt hat, hart und detailliert zu verhandeln.

Im ersten Halbjahr 2014 sind zentrale Projekte auf den Weg gebracht worden, die unser Land gerechter und moderner machen. Einige sind bereits verabschiedet worden.

So kommt der Mindestlohn flächendeckend und ausnahmslos für alle Branchen. Vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren rund 3,7 Millionen Menschen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die SPD will die ländlichen Räume fit machen

Brande-Hörnerkirchen: Nordgespräch 2014 zu neuen Konzepten

Demografischer Wandel, die Sicherung der Grundversorgung, der dauerhafte Schutz natürlicher Lebensräume und die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur – diese Herausforderungen für die ländlichen Räume standen in diesem Jahr im Mittelpunkt des



Kirsten Eickhoff-Weber.

„Nordgesprächs“ von Ernst Dieter Rossmann und den SPD-Ortsvereinen Westerhorn und Brande-Hörnerkirchen.

Als Hauptreferentin stellte die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion,

Kirsten Eickhoff-Weber, unter dem Titel „Die ländlichen Räume fit machen“ das

erst wenige Wochen alte Konzept der schleswig-holsteinischen SPD für die ländlichen Räume vor. In einer lebhaften Diskussion trugen auch Brande-Hörnerkirchens stellvertretender Bürgermeister Ulrich Konkel und Dieter Peters-Kühnel von der BUND-Kreisgruppe Pinneberg wichtige kommunal- und umweltpolitische Aspekte bei.

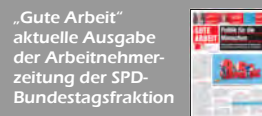
In dieser Ausgabe:

Die SPD regiert!	1
Ländliche Räume	1
Kita-Programm	2
Viele Fragen zum TTIP	3
Praktikum beim MdB	3
Impressum	3
Helgoländer Hummer	4
Insel-Hausaufgaben	5
Dokumentiert: Bildung braucht Europa	6
Bewegungsmelder	8
Zitat	8
Fundstück	8

Diese Materialien stellen wir gerne zur Verfügung: Tel. 04 101/200639



„Die Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion“ aktuelle Broschüre



„Gute Arbeit“ aktuelle Ausgabe der Arbeitnehmerzeitung der SPD-Bundestagsfraktion



„Gesagt – getan – gerecht“ Zwischenbilanz der SPD-Bundestagsfraktion

WAHLKREIS

Mindestlohn wirkt**Millionenentlastung für den Kreis Pinneberg**

Von der Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro wird auch die kommunale Ebene profitieren. Das erwartet Ernst Dieter Rossmann. „Im Kreis Pinneberg arbeiten rund 30.000 Menschen für Stundenlöhne unter 8,50 Euro oder in Minijobs. In vielen Fällen müssen die Kommunen Mietkostenzuschüsse zahlen. Hier sind deutliche Einsparungen zu erwarten.“

Auch für Landes- und Bundesebene erwartet Rossmann Entlastungen: „Die Milliarden-Subventionierung von Dumpinglöhnen auf Kosten des Steuerzahlers war immer ein Skandal. Es ist gut, dass das ein Ende hat.“ Die kommunale Ebene kann sich nach Angaben des SPD-Politikers indessen ab dem 1. Januar 2015 auf weitere Entlastungen im Umfang von einer Milliarde Euro einstellen. „Diese von der Großen Koalition beschlossene Entlastung soll hälftig über einen höheren Bundeszuschuss an den Kosten der Unterkunft und hälftig durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer erfolgen“, berichtet Rossmann.

Für die Kommunen im Kreis Pinneberg erwartet der Abgeordnete in der Summe damit eine Entlastung, die über drei Millionen Euro im Jahr hinausgeht: „Das zeigt, dass die Bundesregierung die Sorgen der Kommunen ernst nimmt, zumal ja auch noch die schon früher beschlossene Entlastung durch die Kostenübernahme bei der Grundsicherung durch den Bund dazu kommt.“

A20-Elbtunnel**Breitner setzt auf automatischen Brandschutz**

Für den Brandschutz des im Zuge der A 20 geplanten Elbtunnels sollte ein stationäres Löschesystem vorgesehen werden. Dafür hat sich der für den Katastrophenschutz zuständige schleswig-holsteinische Landesinnenminister Andreas Breitner in einem Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann ausgesprochen.

Rossmann hatte die Sorgen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Kollmar und von Bürgermeister Dr. Klaus Kruse aufgenommen und Breitner gebeten für den Tunnelbrandschutz ein Konzept zu entwickeln, das die Hauptlast nicht den Wehren der Anliegergemeinden aufbürdet. Wie Breitner jetzt schreibt, setzt sich sein Ministerium für ein automatisches System ein. Grundlage für diese Entscheidung sind Brandschutzgutachten, die auch die Leistungsfähigkeit der kommunalen Feuerwehren vor Ort berücksichtigen. Die stationäre Lösung biete sich an, „da weder die öffentlichen Feuerwehren noch eine Tunnel-Werkfeuerwehr den Bauwerkschutz gewährleisten können“, so Breitner. Der Personenschutz werde durch das Tunnelbauwerk und die geplante betriebstechnische Ausstattung abgedeckt.

Die SPD macht Deutschland gerechter und moderner

(Fortsetzung von Seite 1)

Endlich gilt das Prinzip: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Am 1. Juli ist das Rentenpaket in Kraft getreten. Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, kann zwei Jahre ohne Abschläge früher in Rente gehen. Für alle, bei denen die Gesundheit nicht mehr mitmacht, gibt es eine bessere Erwerbsminderungsrente. Anerkennung für ihre Leistung in der Kindererziehung bekommen viele Frauen über die Mütterrente.

Die Stromerzeugung wird klimafreundlich umgebaut. Gleichzeitig sollen der Anstieg der Stromkosten gebremst und die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Der schwierige Neustart der Energiewende ist damit geschafft.

Für Mütter und Väter wird es zukünftig einfacher, Elterngeldbezug und Teilzeit miteinander zu kombinieren. Die Betreuung der Kinder kann so besser partnerschaftlich aufgeteilt werden, es bleibt mehr Zeit für die Familie.

Die SPD hat dafür gesorgt, dass sich Regierung und Große Koalition dieser ersten „Zwischenbilanz“ gut sehen lassen können und hohe Zustimmungsraten erzielen.

Dabei sagt das Wort „Zwischenbilanz“ schon, dass es weitergeht. Nach der Sommerpause will die SPD-Bundestagsfraktion zügig die nächsten Projekte angehen. Darunter so wichtige Themen wie die Mietpreisbremse, mehr Frauen in Führungspositionen und die BAFöG-Reform. Das Reformtempo wird also hoch bleiben.



Nicht geschenkt, sondern verdient: Über das Rentenpaket diskutierte Ernst Dieter Rossmann im Juni mit der stellvertretenden AWO-Kreisvorsitzenden Elke Schreiber, dem neuen SoVD-Kreischef Gerhard Renner und der Parlamentarischen Staatssekretärin im Sozialministerium, Gabriele Lösekrug-Möller (v.l.n.r.)

18 Kreis-Kitas mit „frühen Chancen“ Bund fördert Spracherwerb und Integration

Im Kreis Pinneberg werden gegenwärtig 18 Einrichtungen im Rahmen des Bundesprogramms "Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" gefördert. Das konnte Ernst Dieter Rossmann jetzt berichten.

Am stärksten profitiert Elmshorn von der Unterstützung: Gleich sechs Kitas finden sich auf der Förderliste. „Es folgen Wedel mit vier und Pinneberg mit drei Einrichtungen. In Barmstedt und Quickborn werden jeweils zwei Kitas unterstützt, in Uetersen und Tornesch ist es je eine Einrichtung“, so Rossmann.

Jede der Einrichtungen erhält 25000 Euro pro Jahr. Unterstützt werden die Erzieherinnen und Erzieher in den Schwerpunkt-Kitas bei ihrer sprachpädagogischen Arbeit mit den Kindern und bei der Zusammenarbeit mit den Familien der Kinder durch zusätzliche Fachkräfte, den Sprachexpertinnen und Sprachexperten. „Sie

sind gleichsam der ‚Motor‘ der Weiterentwicklung des Bildungsbereichs Sprache in den Schwerpunkt-Kitas“, erläutert Rossmann.

Bundesweit fördert der Bund bis Ende 2015 rund 4000 Schwerpunkt-Kitas. „Dafür werden zusätzlich rund 100 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Das ist ein wichtiges Signal auch für die qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung“, betont der SPD-Abgeordnete. „Wir wollen gleiche Bildungschancen von Anfang an. Und dafür ist eine gute Kindertagesbetreuung der entscheidende Hebel.“ Mit der Bundesförderung soll erreicht werden, dass Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung so früh wie möglich gezielt gefördert und insbesondere bildungsferne Familien unterstützt werden können. Rossmann: „Auch über 2015 hinaus plant der Bund eine weitere Initiative zur sprachlichen Bildung.“

Viele Fragen zum TTIP

Elmshorn: Freihandelsabkommen auf dem Prüfstand



Berichtete auf Einladung Ernst Dieter Rossmanns über Ziele und Sachstand des geplanten Freihandelsabkommens: die SPD-Wirtschaftsexpertin Dr. Nina Scheer (stehend) Die weiteren Teilnehmer v.l.n.r.: Moderatorin Beate Raudies MdL, IHK-Experte Stefan Bock und Ernst Dieter Rossmann.

Information und Bürgerbeteiligung – darum ging es Ernst Dieter Rossmann jetzt bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Elmshorner Sozialdemokraten zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP.

Rossmanns Fraktionskollegin Dr. Nina Scheer, SPD-Abgeordnete aus Stormarn/Lauenburg und Wirtschaftsexpertin der SPD, stellte die Ziele des Abkommens dar. „Es wird angestrebt, Handelsbarrieren abzubauen. Dazu gehören nicht nur Zölle sondern auch unterschiedliche Normen und Standards in den verschiedenen Wirtschaftsräumen. Außerdem soll die Investitionssicherheit für Unternehmen in den Märkten verbessert werden“, machte Scheer deutlich.

Deutliche Kritik am Abkommen kam vom emeritierten Wirtschaftsprofessor Dr. Olaf Specht, der in der Teilnahme an den Verhandlungen schlicht die falsche Schwerpunktsetzung der europäischen Seite sah. „Wir sollten unsere Energie eher für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa einsetzen“, mahnte er. Prognosen über positive Arbeitsmarkteffekte durch TTIP seien aus seiner Sicht nicht seriös, machte der Ökonom deutlich.

Eine andere Sicht auf das Abkommen entwickelte Werner Koopmann, Leiter des Geschäftsbereichs International der Industrie- und Handelskammer zu Kiel. Er erwartet einen verbesserten Zugang des Mittelstandes zum

amerikanischen Markt und damit positive Impulse für die deutsche Wirtschaft. Die IHK begrüße deshalb die Verhandlungen.

Die Sicht des Verbraucherschutzes stellte der Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Stefan Bock, anhand des vieldiskutierten „Chlorhuhns“ dar: „Mir ist es eigentlich egal, ob Chlorhuhn ja oder nein. Entscheidend ist, dass wir unser Vorsorgeprinzip durchsetzen und nicht das amerikanische Nachsorgeprinzip übernehmen.“

Rossmann wies in der von der Elmshorner SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies moderierten und mit 50 Teilnehmern gut besuchten Diskussion darauf hin, dass die Verhandlungen im Fluss und noch keine Entscheidungen gefallen seien. Die SPD werde energisch darauf drängen, dass im Verfahren Transparenz und demokratische Mitbestimmung gewährleistet seien.

„Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat bereits dafür gesorgt, dass für Deutschland auch Verbraucherschützer und Arbeitnehmervertreter mit einbezogen werden“, machte der Kreis Pinneberger MdB deutlich. Positiv sei außerdem, dass die Parlamente der EU-Mitgliedsländer der Vereinbarung zustimmen müssten. „Es wird kein TTIP-Abkommen gegen den Willen und die Interessen der EU-Bürger geben“, zeigte sich Rossmann sicher.

MELDUNG

Praktikum in Berlin

Sophie Treu: Zwischen Abitur und Studium ein Blick in die Politik

Fünf Wochen Hauptstadtpolitik – das konnte die 19-jährige Abiturientin Sophie Treu aus Hasloh im Frühjahr 2014 im Rahmen eines Praktikums im Berliner Abgeordnetenbüro von Ernst Dieter Rossmann erleben: Die angehende Politikstudentin wollte vor Beginn ihres Studiums ein wenig politische Praxis schnuppern und erhielt einen ausführlichen Einblick in Arbeit und Abläufe des Parlaments.

Zum Programm der Praktikantin zählte dabei die Begleitung Rossmanns zu Sitzungen der SPD-Fraktion, des Ausschusses für Bildung und Forschung und zu weiteren Informationsveranstaltungen, das Verfolgen von Live-Debatten des Deutschen Bundestages und die Teilnahme an Gesprächen zur Arbeitsweise des Parlaments. Aber auch den Alltag im Abgeordnetenbüro

lernte Sophie kennen: Kopieren, Diktate schreiben, E-Mails ausdrucken und umfassende Recherchen zu speziellen Themen gehörten zu ihren Aufgaben. Unter anderem entstand dabei eine sehr gelungene Ausarbeitung zur deutschen Asylpolitik. Im Zentrum stand dabei die Behauptung „Deutschland



Sophie Treu und Ernst Dieter Rossmann bei einer Aktion der SPD zum „Equal-Pay-Tag“.

nimmt die meisten Flüchtlinge in Europa auf.“ Resultat der Recherchen: Das stimmt so nicht! Deutschland bekommt zwar sehr viele Asylbewerberanträge, aber die Ablehnungsrate ist so hoch, dass effektiv nur 25 Prozent davon hier aufgenommen oder geduldet werden. In Italien ist die Rate höher.

Auch als Bildungspolitiker nimmt Ernst Dieter Rossmann die Betreuung seiner Praktikanten wichtig: „Es ist gut, wenn junge Menschen wie Sophie Interesse an Politik zeigen und engagiert und hilfsbereit den Büroalltag im Bundestag begleiten. Die SPD-Fraktion versucht, ihnen umfassende Erfahrungen mitzugeben.“

Impressum

**Rossmanns
Elbbl**

MdB-Infoblatt
für die Kreise
Pinneberg und
Steinburg

Herausgeber:

Jens von Häfen,
Am Drosteipark 5
25421 Pinneberg

Tel: (04101) 20 06 39

Fax: (04101) 55 36 65

Redaktion:

Jens von Häfen (V.i.S.d.P.)

MELDUNG

Erwachsenen-Grundbildung

Leichte Sprache
als Lese-Einstieg

In der zweiten Jahreshälfte will die Große Koalition die Weichen für eine „Alphabetisierungsdekade“ stellen. Das hat Ernst Dieter Rossmann angekündigt.

„Im Kreis Pinneberg leben Schätzungen zufolge rund 25000 funktionale Analphabeten, in ganz Deutschland sind es 7,5 Millionen Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben“, berichtet Rossmann. „Darüber hinaus gibt es weitere 25 Millionen Menschen, die sich schwer tun, ein Buch in die Hand zu nehmen oder längere Texte zu lesen. Wir wollen das Thema deshalb endlich aus der Tabu-Ecke herausheben.“ Die SPD hat deshalb in der Koalition die Planung eines Jahrzehnts der Alphabetisierung durchgesetzt, die nun konkretisiert werden soll. „Wir wollen durch Grundbildungsangebote die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten stärken und unter anderem familienorientierte Angebote zur Förderung von Grundbildungskompetenzen an Kitas und Grundschulen aufbauen“, erläutert Rossmann. „Hierzu müssen Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Wir können so für viele Menschen neue Möglichkeiten der Teilhabe erschließen, und davon werden letztlich alle beteiligten Ebenen profitieren.“

Teil der geplanten Maßnahmen ist auch die Unterstüt-

zung und Ausweitung von Leseangeboten in „leichter“ und in „einfacher“ Sprache, die Menschen mit Leseproblemen einen Einstieg in den Umgang mit Texten bieten. Rossmann: „In anderen Ländern wie beispielsweise den Niederlanden gibt es schon ein verhältnismäßig breites Angebot bis hin zur Wochenzeitung in ‚leichter‘ Sprache. Hier gilt es eine Menge aufzuholen.“

Ein positiver Mosaikstein ist für den Abgeordneten dabei die seit Juni erscheinende Beilage der Wochenzeitung „das Parlament“ in „leichter“ Sprache. Rossmann: „Was mich daran freut, ist vor allem das Signal: Es ist in den Köpfen derjenigen, die die Politik und ihre Inhalte vermitteln wollen, angekommen, dass auch diejenigen, die nicht gut lesen können, zu ihrer Zielgruppe dazugehören.“

Bereits für das laufende Jahr hat die Koalition zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt. Im kommenden Jahr soll das Alphabetisierungsprojekt dann richtig Fahrt aufnehmen. „Für uns als SPD ist das ein echter Schwerpunkt in der Bildungspolitik der Koalition“, betont Rossmann.



„Leichte“ und „Einfache“ Sprache sind im Kommen: SPD-MdB Ernst Dieter Rossmann mit der „Parlament“-Ausgabe und dem Buch „Das Wunder

Helgoland: kommen jetzt die Offshore-Hummer?

„Bio“ wildert Jungtiere an Windparksockeln aus

In den frisch angelegten Steinfeldern, die rund um die einzelnen Offshore-Windanlagen im Windpark Borkum-Riffgat als Kolkchutz dienen, sind jetzt Junghummer von Helgoland unterwegs. Bei einem Besuch Ernst Dieter Rossmanns und des Helgoländer Bürgervorstehers Peter Botter stellte Prof. Heinz Dieter Franke den beiden SPD-Vertretern das Konzept des jüngsten Hummer-Projektes vor, das jetzt ins entscheidende Stadium geht.

So sind in diesen Tagen 3000 extra aufgezogene Helgoländer Junghummer auf einer Gesamtfläche von 1000 Quadratmetern ausgesetzt worden, um das Besiedlungsverhalten und die Überlebensrate in den künstlich angelegten Steinfeldern im offenen Meer zu untersuchen. Das Projekt ist mit rund 700000 Euro von dem Windpark-Betreiber als ökologische Ausgleichsmaßnahme finanziert und schließt auch ein umfangreiches Monitoring ein. Da das Projekt Riffgat der Firmen EWE AHG und ENOVA innerhalb der 12-Meilen-Zone liegt, sind solche Ausgleichsmaßnahmen verpflichtend. Rossmann: „Sollte das Hummer-Projekt an dieser Stelle vor Borkum erfolgreich verlaufen, könnte das auch die übrige Hummerforschung positiv beeinflussen.“ Als These steht im Raum, dass nur durch eine solche intensive Besetzung mit 3000 Jungtieren auf einem sehr kleinen Raum die Schwelle für eine nachhaltige Wiederbesiedlung übersprungen werden kann. Rossmann: „Das könnte auch für Helgoland wichtig werden, denn mit den bisher dort ausgesetzten rund 20 000 Jungtieren auf einer viel größeren Fläche ist bisher noch keine durchschlagende selbst tragende Vergrößerung des Bestandes gelungen.“

In früheren Zeiten konnten die dortigen Hummerfischer bis zu 80000 Exemplare pro Jahr fangen, ohne den Bestand zu gefährden, bevor es in den 50er Jahren zu einem dramatischen Rückgang der Population kam.

Die Ursachen, von Umweltbelastungen bis hin zur Verdrängung durch die deutliche Zunahme der Taschenkrebse,



Leitet die Hummerforschung in der Biologischen Anstalt Helgoland: Prof. Heinz-Dieter Franke (l.)

sind noch offen. Peter Botter wusste immerhin von ersten Erfahrungen in den Gewässern um die Offshore-Windparks zu berichten, dass dort große Dorsche beobachtet werden, die natürliche Fressfeinde der Taschenkreb-Larven sind. Peter Botter: „Das könnte am Ende dann wieder den Hummern zugutekommen.“ Solche Zusammenhänge und Detailinformationen zu den Hummern und ihrer Geschichte rund um Helgoland finden jedenfalls großes Interesse nicht nur beim Bundestagsabgeordneten, sondern auch bei vielen Gästen auf der Insel. Prof. Franke: „Wir haben schon ohne Werbung über 2000 Besucher im Jahr und könnten jede Woche statt zwei bis drei gut zehn Führungen machen. Auch die über 2500 Paten für Junghummer zeigen ein großes Interesse an diesem Krebs.“ Bei der Biologischen Anstalt gibt es deshalb auch erste Überlegungen, einen Besucherbereich mit Ausstellungs- und Vortragsmöglichkeiten aufzubauen, um das Interesse zu befriedigen.

Für Rossmann wäre dies eine willkommene Ergänzung des Projekts, statt des mittelfristig abgängigen Aquariums ein größeres Besucherzentrum am historischen Standort der „Bio“ aufzubauen. Rossmann: „Die Weiterentwicklung des Blue-House-Konzeptes hin zu einem Haus des Meeres bleibt die Perspektive, um Helgoland als Ort der Meeresforschung anschaulich und zugänglich zu machen. Mit einem kleinen Hummerzentrum unmittelbar neben den Zuchtanlagen lässt sich hierbei vielleicht ein weiterer Baustein setzen.“

Helgoländer Hausaufgaben



Kann das beliebte Dünenrestaurant am bisherigen Standort bleiben? Ernst Dieter Rossmann will das Gespräch mit der Kreisverwaltung suchen.

Vom Dünenrestaurant über den Einbau eines Fahrstuhls und die weitere Modernisierung des Insel-Krankenhauses bis zu möglichen Plänen zur Erweiterung der Jugendherberge auf Helgoland reichte die umfangreiche Themenpalette beim jüngsten Arbeitsbesuch von Ernst Dieter Rossmann auf Deutschlands einziger Hochsee-Insel.

Eingeschlossen war natürlich auch ein Besuch bei einem der drei Versorgungszentren für die Offshore-Windparks in der Nordsee, die im neuen Helgoländer Gewerbegebiet am Vorhafen bei der Südkaje gerade neu entstanden sind. Dabei handelt es sich um die Firmen Wind MW, RWE und E.On. Stefan Pfeifer von der Firma Wind MW, die jetzt die am dichtesten bei Helgoland liegenden Offshore Windparks Meerwind Süd und Meerwind Ost installiert und betreiben wird, stellte dabei das Reparatur- und Servicekonzept für die 80 Anlagen vor, die mit je 3,6 MW Leistung im optimalen Fall 288 MW in das Netz einspeisen können. Stefan Pfeifer: „Damit können zukünftig bis zu 360000 Haushalte mit Strom versorgt werden.“ Bei dem Besuch des Abgeordneten fanden allerdings weniger diese Versorgungsleistungen, sondern die Fragen der Fachkräfte-Ausbildung, der Arbeitsplatzsicherheit und des Gesundheits- und Unfallschutzes

das besondere Interesse. Rossmann: „Offshore-Arbeitsplätze auf der hohen See sind ein besonders stark belasteter Arbeitsplatz mit einem hohen Risiko, weshalb Notfallübungen und Notfallsicherheiten besonders wichtig sind.“

Neben dem großen Thema Offshore-Wind, das sich für Helgoland zunehmend neben dem Tourismus und der Meeresforschung zu einem Standbein entwickelt, ging es für den Abgeordneten auch um neue Entwicklungen in der Wohnraumversorgung und im Tourismus. Der Neubau von Wohnungen auf dem Oberland, aber auch die Planung von Altenwohnungen im Unterland werden von dem Abgeordneten sehr begrüßt.

Bei der Jugendherberge gibt es Überlegungen, den Bestand an Betten mittelfristig um 40 aufzustocken. Neben dem großen Interesse von Familien im Sommer besteht hier nicht zuletzt durch wissenschaftliche Projekte für Studenten auch ein wachsendes Bedürfnis an der Ganzjahres-Nutzung der Einrichtung. Rossmann, der zusammen mit Helgolands Bürgervorsteher Peter Botter der Jugendherberge einen Besuch abstattete, konstatiert hier: „Die bisherigen Investitionen haben sich gelohnt und die Frequentierung deutlich erhöht. Jetzt gilt es die weiteren Bauplanungen wegen der hohen Umweltauflagen sorgfältig vorzubereiten und dann auch die Finanzierung sicherzustellen.“

Grundsätzlich genehmigt und auch finanziert ist dagegen schon der Einbau eines

erweiterten Fahrstuhles im Inselkrankenhaus, der demnächst zusammen mit weiteren Modernisierungen vollzogen werden soll, wie Chefarzt Dr. Uhlig dem Abgeordneten mitteilen konnte. Rossmanns Fazit: „Auf Helgoland werden auch viele Verbesserungen durchgezogen, die nicht so spektakulär ins Auge springen, wie die neue Promenade am Südstrand oder die Gewerbebauten am Vorhafen. Das macht die Dynamik auf der Insel aus.“

Ein größeres bauliches Problem ist allerdings die zukünftige Entwicklung des beliebten Dünen-Restaurants am Südstrand auf der Helgoländer Badeinsel. Hier gibt es für das nächste Jahr anstehende Entscheidungen, den Standort aus naturschutzfachlicher Sicht zu verlagern. Rossmann: „Das finde ich aus der Ortskenntnis heraus nicht überzeugend. Hier sollten die zuständigen Behörden noch einmal in sich gehen und zusammen mit allen Beteiligten nach einer besseren Lösung suchen, denn eine Lage im Zentrum und nicht am Rande des beliebten Südstrandes ist für die vielen Badegäste und Dünenbesucher sicherlich um ein Vielfaches attraktiver als der neu ins Auge gefasste Standort.“ Hieran sollten nach Rossmanns Auffassung auch die Fachbehörden des Kreises ein Interesse haben, zumal sich der Kreis Pinneberg ja insgesamt sehr für seine und Deutschlands einzige Hochseeinsel engagiert. Der Abgeordnete will deshalb auch die Kreispolitik und die Kreisverwaltung einschalten, um nach einem Ausweg zu suchen.

dokumentiert

Bildung braucht Europa!

Junge Menschen müssen lernen, europäisch zu denken. Ein Einwurf anlässlich der Ernennung der Universität Flensburg zur Europa-Universität

von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Die Bildung der Zukunft ist humanistisch, ökologisch und europäisch. Was Peter Glotz, dieser europäische Freigeist von hohen Graden, noch im alten Jahrhundert postuliert hat, bekommt neue Aktualität. Die Garantie von Frieden und das Versprechen von gemeinsamem Wohlstand in Europa können nicht mehr ausreichende Identifikation oder gar Begeisterung entfachen. Umso wichtiger werden das Verstehen von Europa durch Bildung und die Aneignung der europäischen Bildungsidee.

Europa braucht hierfür ein Netz an Institutionen, in denen die europäische Identität von der Jugend gelernt und persönlich erlebt werden kann. Europa braucht gleichzeitig die Erforschung von sich selbst und den offenen Diskurs zu den Perspektiven dieser einzigartigen politischen Assoziation. Welche Institutionen, wenn nicht die Hochschulen mit ihrer historisch gewachsenen Aufgabenstellung von Forschung und Lehre, sind die natürlichen Träger für einen substantiellen Beitrag zur Identitätsfindung und Identitätsfestigung im gemeinsamen Haus Europa!

Damit findet Europa in seiner Geschichte zugleich zu sich selbst zurück. Denn schon in Zeiten weit vor dem Nationalstaat wurde 1119 in Bologna die erste Universität

in Europa gegründet. Die Hochschulen zählten fortan zu den zentralen „soziokulturellen Kräften, welche die Formierung, den Aufstieg und die hochrangige Positionierung Europas in der Welt ermöglichten“, wie Wolfgang Weber in seinem Standardwerk zur Geschichte der europäischen Universität feststellt. Dieses „universitäre Gen“ sollte Prägekraft bis in die Gegenwart behalten. In der Moderne vereinigt Europa in sich über 5.000 Hochschulen, über 1,8 Millionen Hochschullehrer und mehr als 20 Millionen Studierende, die aus der Qualität ihrer Ausbildung und dem Grad ihrer Bildung heraus die Verantwortungs- und Leistungselite im positiven Sinne bilden.

Die Europäische Union erweiterte deshalb auch sehr bald den Maastricht-Prozess von 1993 mit dem Ziel der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsstärke durch EZB und Euro um den Lissabon-Prozess von 2000 mit der Orientierung auf mehr gemeinsame Innovations- und Integrationskraft durch Forschung und Bildung. Parallel hierzu wurde die große Bologna-Bewegung hin zu einem europäischen Hochschulraum ausgerufen. Nur ist die Bologna-fähige Hochschule damit gleich schon eine Europa-Hochschule? Dazu braucht es sicherlich noch einer besonderen inhaltlichen Ausrichtung im Sinne einer europäischen Mission, die

sich eine Hochschule als Auftrag zu eigen macht und als ihr Angebot an Gesellschaft, Wirtschaft und Staat offensiv vertritt.

Europäisierung stellt sich dabei in erster Linie durch den persönlichen Austausch von Hochschulangehörigen aller Art her. Dazu gehört ein mobilitätsförderndes und Leistungen anerkennendes Netz an Partnerhochschulen. Wichtig ist die Entwicklung einer Professorenschaft, die ein nachhaltig wirkendes Engagement an mehreren europäischen Universitäten im Sinne einer Europa-Professur nachweisen kann. Schließlich wird dringend der Diskurs um ein europäisches Kern-Curriculum als Teil eines interkulturellen Studiums und Fundament für ein europäisches Studium Generale gebraucht. Das Gütesiegel einer Europa-Hochschule muss dann über den Bologna-Prozess im technokratischen Sinn hinausweisen und für eine besondere Intensität von inhereuropäischer Zusammenarbeit, von Hochschulaustausch, Mehrsprachigkeit und europäischem Geist stehen.

Die Erschließung dieses Potentials für das Europa der Zukunft steht allerdings vielerorts noch erst am Anfang. Umso bemerkenswerter ist, dass sich die Universität Flensburg in diesen Tagen auf den Weg macht, ein ganz eigenes Profil als Europa-Universität zu entwickeln und sich of-

fensiv zu Europa zu bekennen. Wer klein ist, muss klug sein. Wer klug ist, schaut weit voraus. Wer mutig ist, macht sich darüber zum Pionier. Die Voraussetzungen für eine solche Pionierarbeit sind gut.

Was früher Grenzraum mit harten Auseinandersetzungen war, hat eine bemerkenswerte Kultur von Respekt, Interesse, Toleranz und gleichzeitig Kooperation und Investition entwickelt. Stichworte sind hier die Zusammenarbeit mit der Sydansk Universität genauso wie der Internationale Campus Sønderborg und die Mitarbeit im Interreg-Projekt. Die Doppelabschlüsse machen diesen Anspruch einer Europa-Universität genauso konkret wie Mehrsprachigkeit, ein Europa-Semester im europäischen Ausland in allen grundständigen Studiengängen, die

Gründung eines Forschungszentrums für Interdisziplinäre Europa-Wissenschaften und die Einrichtung von Europa-Professuren.

Der besondere Charme dieser Selbstverpflichtung für Europa liegt im Auftrag der Lehrerbildung. Wenn Europa im Leben und Begreifen der Menschen zu sich selbst kommen soll, muss und wird dieses über die Jugend und nachwachsende Generationen geschehen. Der Lehrerausbildung kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Lionel Jospin, französischer Premierminister zur Jahrhundertwende, hat seinerzeit vier Wochen Erleben in einer europäischen Familie für jeden Schüler gefordert. Hier ist zu ergänzen: Auch jede angehende Lehrkraft sollte mindestens ein Semester Bildungserfahrung in einer europäischen Partneruni-

versität erfahren. Aktuell ist gerade unter Lehramtskandidaten das Auslandsstudium besonders selten.

Das Ziel, an jeder europäischen Schule mindestens zwei Lehrkräfte aus einem anderen europäischen Partnerland wirken zu sehen, komplettiert diese konkrete Utopie. Noch einmal: Weitblick erwächst bekanntlich nicht aus Masse und Größe, sondern aus Klugheit und Mut. Der Europa-Universität Flensburg ist viel Glück und Erfolg zu wünschen, wenn sie jetzt aus eigener Souveränität diesen Weg in die gemeinsame Zukunft Europas gehen und für die junge Generation mit ebnen will.

Ernst Dieter Rossmann ist Mitglied des Hochschulrates der Europa-Universität Flensburg

„Ein Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit!“

Die Koalition will das BAFöG reformieren

Mit dem im Juli vorgestellten Konzept zur BAFöG-Reform wird die Schul- und Studienförderung grundlegend modernisiert. Darauf hat Ernst Dieter Rossmann hingewiesen. „Freibeträge und Bedarfssätze werden deutlich angehoben und das BAFöG an die Studien- und Lebenswirklichkeit der Schüler und Studierenden angepasst. Durch das Reformpaket werden ab 2017 insgesamt jährlich zusätzlich rund 825 Mio. Euro für die Ausbildungsförderung zur Verfügung gestellt“, freut sich Rossmann: „Das ist ein großer Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit!“

Die Einzelheiten sind im Herbst im offenen Anhörungsverfahren zu regeln, in dem sich Rossmann als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für zeitnahe Lösungen bei Teilbereichen einsetzen will.

Geplant ist, die Bedarfssätze generell um sieben Prozent anzuheben, sodass auch Kinder aus Familien mit mittleren Einkommen Unterstützung erhalten. „Um Mietsteigerungen etwas aufzufangen, wird der Wohnzuschlag für BAFöG-Empfänger, die nicht bei ihren Eltern wohnen, von 224 Euro auf 250 Euro angehoben. Für diese Studierenden steigt damit der Förderungshöchstsatz nach dem BAFöG um über 9,7 Prozent“, berichtet Rossmann.

Auch die Einkommensfreibeträge werden um sieben Prozent angehoben. Damit wird der Kreis der Geförderten um über 110.000 ausgeweitet. Rossmann: „Die Hinzuverdienstgrenze soll von 400 Euro

auf 450 Euro angepasst werden. Damit werden keine Einnahmen aus ‚Minijobs‘ mehr vom BAFöG abgezogen.“

Hinzu kommen ein höherer Vermögensfreibetrag und die Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags. „Damit sich Ausbildung und Familie besser vereinbaren lassen, wird der Zuschlag für Auszubildende und Studierende mit Kindern deutlich erhöht und die bisherige Staffelung pro Kind aufgehoben: Ab Herbst 2016 gibt es für jedes Kind einheitlich 130 Euro. Das ist ein ordentliches Stück Familienförderung!“

Als Fortschritt wertet Rossmann auch die Schließung von Förderungslücken zwischen Bachelor und Master. „Außerdem gibt es künftig einen Anspruch, über die Förderungsfähigkeit eines Masterstudiums dem Grunde nach vorab entscheiden zu lassen. Das erleichtert Erwerbstätigen die Studienentscheidung, da die Finanzierung früher geklärt ist.“

Darüber hinaus werden Antragstellung und Verfahren entbürokratisiert. Rossmann: „Das BAFöG wird nutzerfreundlicher und digitaler.“

Insgesamt sollen durch die Reform jährlich rund 825 Mio. Euro mehr für das BAFöG aufgewendet werden, allein 500 Mio. Euro im Bundeshaushalt und weitere 325 Mio. Euro über KfW-Darlehen. „Damit wird die Koalition 2017 rund 4,1 Mrd. Euro für BAFöG aufwenden – das dreieinhalbfache der Summe von 1998.“

In Kraft treten soll die Reform zum Wintersemester 2016/2017. „Als SPD hätten wir es gerne früher gehabt, mussten aber akzeptieren, dass die finanziellen Spielräume erst dann für eine substanzielle Reform zur Verfügung stehen“, erläutert Rossmann. „Aber weil wir eine deutlich höhere Anhebung vornehmen als angesichts der prognostizierten Preis- und Lohnentwicklung erforderlich ist, sind wir mit dem Gesamtergebnis sehr zufrieden.“

Mit der besseren Orientierung der Förderung am Studienverlauf, der Familienförderungskomponente und der Anhebung beim Wohnzuschlag seien die wichtigsten Anliegen der SPD umgesetzt. „Das wird eine Reform, die den Namen tatsächlich verdient“, so Rossmann.



Die BAFöG-Reform wirft ihre Schatten voraus. Von Willy-Brandt 1971 eingeführt, ist die Förderung für Schüler und Studierende seit über vierzig Jahren Herzensanliegen der SPD-Bildungspolitik.

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus, Hs. 2, 1.OG, R 1.285-1.291
Postanschrift:
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 73447
Fax: (030) 227 76318
ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

Wahlkreis

Am Drosteipark 5
25421 Pinneberg
Tel: (04101) 20 06 39
Fax: (04101) 55 36 65
ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de

Das politische Zitat

„Wir brauchen die Herausforderung der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen.“

(Willy Brandt)

Fundsache

Norddeutscher Zausel im Hohen Haus

Roger Willemsen schreibt über ein Jahr Bundestag. Ernst Dieter Rossmann kommt auch drin vor.

Auf diese Idee war in fast 54 Jahren Deutscher Bundestag noch kein Medienvertreter oder Schriftsteller gekommen: Ein Jahr lang jede Plenarsitzung von der Zuschauertribüne aus verfolgen und anschließend ein Buch aus dem Ganzen machen. Roger Willemsen, Publizist und ehemaliger Fernsehmoderator hat es im vergangenen Jahr getan. Bei S. Fischer sind die Beobachtungen und Gedanken erschienen („Das Hohe Haus – ein Jahr im Parlament“, 400 Seiten, 19.99 Euro).



Dem Leser und der Leserin beschert das Buch viele blitzgescheite, mitunter auch etwas eitle Gedanken zum Parlamentarismus und seinen Akteuren, Blicke auf Geschichte und Gestaltung des Reichstagsgebäudes und die Historie der deutschen Demokratie – und ein Wiedersehen mit vielen guten Bekannten. Zu denen gehört auch Ernst Dieter Rossmann, „ein norddeutsch gefärbter Zausel mit lässig fallendem ergrautem Haar“, der Willemsen mit seiner Rede zum Vertriebenengesetz im noch schwarzgelben Juni des vergangenen Jahres beeindruckte. „Er ist, was er sagt, und entwickelt, was er zu sagen hat, leise und überzeugend“, schreibt Willemsen. „Rossmann hat zwar seine Blätter auf dem Tisch, spricht aber frei über ‚die Fähigkeit zu trauern‘. Eine Maxime formuliert er auch. Die SPD kann immer wieder diese Überzeugten aufbieten, die an das Gewissen nicht appellieren, sondern es verkörpern.“ Enttäuscht ist der Autor, dass die Fraktionen von Union und FDP der Rede am Ende den fälligen Beifall verweigern. „Am Schluss steht das Plädoyer für ein Jahrhundert der Versöhnung. Als Rossmann aber abgeht, rührt sich aus dem Regierungsblock keine Hand zum Applaus.“ Wer solche Passagen liest, spürt, dass es Willemsen immer auch um die Parlamentarier selbst geht und dass ihm viel zu wenig wirklicher Meinungsaustausch stattfindet. Selten ist so unterhaltsam, launig und auch tiefgründig über das Plenargeschehen geschrieben worden. Ein echter Lesetipp!

MdB im www:
♦ ernst-dieter-rossmann.de
♦ facebook.com/rossmannpi

Kurz notiert: der Bewegungsmelder



Gespräch zum Thema Hebammen-Versicherung.

Wie geht es weiter mit der Versicherung der Hebammen? Darüber diskutierte Ernst Dieter Rossmann mit Hebammen und Eltern im Mai in Wedel. Inzwischen gibt es zumindest eine Übergangslösung für diesen Bereich +++ Der Pinneberger Verein „Brücken der Kulturen“ engagiert sich vor allem in der Integrationsarbeit in der Kreisstadt. Im Frühsommer traf sich Ernst Dieter Rossmann mit Aktiven der Organisation +++ Die Volkshochschulen im Kreis erfreuen sich bei Ernst Dieter Rossmann besonderen Interesses. In diesem Sommer besuchte



Treffen mit dem Verein „Brücken der Kulturen“.

der Vorsitzende des VHS-Bundesverbandes DVV die Einrichtungen in Quickborn und Tornesch +++ Die Herausforderung demografischer Wandel stand im Juli im Mittelpunkt eines Gesprächs von Ernst Dieter Rossmann und den SPD-Landtagsabgeordneten des Kreises sowie Vertretern der SPD-Kreistagsfraktion mit der Führung der Regiokliniken +++ Für den Kreis Pinneberger SPD-MdB sind die Sommerferien seit Mitte August schon wieder vorbei: Mit Bürgermeisterbe-



Besuch bei den Regiokliniken.

suchen bei Reinhard Pliquet in Neuendeich und Bernhard Brummund in Hasloh sowie der traditionellen Runde der Marsch- und Geest-Bürgermeister schloss Rossmann seine kommunale Sommerrunde ab +++ Beim XFEL-Röntgenlaser wird jetzt auch oberirdisch gebaut. Das erfuhr Ernst Dieter Rossmann beim Baustellenbesuch in Schenefeld. Auf der Experimentierhalle wird das Hauptgebäude mit Büros, Labors und Werkstätten errichtet +++